

Keine Auflösung in Sicht

Städte- und Gemeindebund sieht keine Grundlage für Neuarrondierung des Gutsbezirks Spessart

Bad Soden-Salmünster (pfz). Es sollte ein kluger Schachzug gegen die Windkraft werden: die Auflösung und Neuarrondierung des Gutsbezirks Spessart. Das hatte die Stadt Bad Soden-Salmünster im Sommer 2015 gefordert. Über dieses Gebiet verfügt das Land Hessen, weder der Main-Kinzig-Kreis noch die Stadt können dort Einfluss nehmen: „Das öffnet Tür und Tor für mögliche Windkraftprojekte und stellt eine Gefahr der Umzingelung dar“, sagte der damalige Parlamentschef Richard Pfahls (CDU), der einen entsprechenden Antrag einbrachte, dem die Mandatsträger einstimmig folgten. Seitdem ist einige Zeit vergangen, im vergangenen Jahr lehnten bereits das Hessische Innenministerium und das Verkehrsministerium den Antrag ab. Nun hat auch der Hessische Städte- und Gemeindebund (HSGB) deutlich gemacht: Daraus wird nichts.

Der Antrieb für die Forderung der Stadt kam 2015 vor allem aus Alsberg. Pläne von Abo Wind für zwei Windkraftanlagen auf der Alsberger Platte sorgten für einen Aufschrei, eine Bürgerinitiative wurde ins Leben gerufen. Mit Pfahls war es dann auch ein Alsberger, der den Antrag einbrachte. 90 Quadratkilometer groß ist der Gutsbezirk Spessart. Der Plan der Stadt war, angrenzende Flächen an Alsberg, Hausen, Mernes und Ahl verteilen zu lassen und so das „Hoheitsgebiet“ der Stadt zu erweitern.

Laut dem aktuellen Entwurf für den Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien sind dort Vorrang-



Über 90 Quadratkilometer erstreckt sich der Gutsbezirk Spessart (rot umrandetes Gebiet) – und das wird weiterhin so bleiben. Die Stadt scheitert mit ihrer Forderung, das Gebiet neu zu arrondieren. REPRO: GNZ

flächen für Windkraftanlagen von insgesamt rund 170 Hektar ausgewiesen, die die Stadt Bad Soden-Salmünster betreffen: nahe dem höchstgelegenen Stadtteil Alsberg sowie auf der Kleinen und Großen Kuppe. Die Befürchtung: Auf gemeindefreiem Gebiet können ohne Abstimmung mit den umliegenden Kommunen Anlagen errichtet werden. Das Innenministerium lehnte den Antrag ab mit dem Verweis, dass nur eine einheitliche Verwaltung des Be-

zirks die ideale Voraussetzung für eine erfolgreiche Beforstung sei. Das Verkehrsministerium schrieb in seinem negativen Bescheid, dass es keine Belange gebe, die die Auflösung rechtfertigten. Die Behörde sagte aber auch, dass bei der Planung von Windrädern die Auswirkungen auf benachbarte Kommunen eine Rolle spielen.

Nachdem auch die Stadt den Hessischen Städte- und Gemeindebund aufgefordert hat, die An-

gelegenheit hessenweit zu klären, gibt dieser nun folgendes zu Protokoll: „Über das Gebiet verfügt das Hessische Innenministerium. Das ist der Auffassung, dass die drei Forstgutbezirke Kaufunger Wald, Reinhardswald und Spessart aufgrund ihrer Größe, Geschlossenheit und einheitlichen Verwaltung ideale Voraussetzungen für eine erfolgreiche Forstwirtschaft bieten.“ Sollten Flächen in die Stadt eingegliedert werden, würde das die Verwal-

tung erschweren, kurzum: Es würde teurer werden für die Forstverwaltung. Bad Soden-Salmünster sei weder personell noch maschinell in der Lage, die Forstverwaltung und Landschaftsplanung zu stemmen. Auch sollte die Stadt nicht vor Gericht ziehen, teilt der HSGB mit. Die vom Innenministerium vorgetragenen Gründe wiegen demnach zu schwer, die Stadt habe keinen einklagbaren Anspruch. Nur der Staat könne das Gebiet ändern. Noch keine andere Kommune sei außerdem mit einem ähnlichen Problem an den HSGB herangetreten, heißt es abschließend in der Stellungnahme, die Bürgermeister Lothar Büttner den Stadtverordneten und den Zuhörern in der Sitzung des Stadtparlaments am kommenden Montag, 24. April, ab 19.30 Uhr im Spessart-Forum in Bad Soden vorstellen wird.

Außerdem wird der Rathauschef dann die Ergebnisse der Verkehrsschau präsentieren. Der Nachtragswirtschaftsplan des Kurbetriebs für 2017 soll verabschiedet werden, ferner ist die Jahresabschlussprüfung 2015 der Stadtwerke Thema. Die Entwässerungssatzung soll geändert werden, die Vermarktung des Neubaugebiets „Am Eichgraben“ in Hausen Fahrt aufnehmen. Es geht um den Bebauungsplan des Kurbetriebs und die Vorrangflächen für Windkraft. Außerdem werden CDU und FDP einen gemeinsamen Antrag zur Situation der Wege zur Ruine Stolzenberg einbringen. Bereits ab 18 Uhr tagt am Montag der Haupt- und Finanzausschuss im Besprechungszimmer der Spessart-Therme.

GNZ 21.04.2017